

statement.

Das Meinungsmedium des ZVSHK



Wahl-Spezial: Sonderausgabe zur Bundestagswahl 2021

Wir haben gefragt –
die Parteien haben geantwortet

Die Parteien
im Fakten-Check

Unser
Fazit

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freunde des SHK-Handwerks!

Bald ist es so weit. Am 26. September findet die nächste Bundestagswahl statt. Es besteht allerorten große Einigkeit, dass diese Wahl eine Richtungswahl mit enorm wichtigen Weichenstellungen für die kommenden Jahre und darüber hinaus ist. Die Wahlumfragen der Meinungsforschungsinstitute zeichnen seit Wochen kein eindeutiges Bild, abgesehen von der festen Erwartung, dass alle sechs zurzeit im Parlament vertretenen Parteien auch im 20. Deutschen Bundestag Sitz und Stimme haben werden. Aktuell zeichnet sich ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen vier Koalitionsmodellen ab: Schwarz-Grün, Schwarz-Grün-Gelb, Rot-Rot-Grün oder Rot-Gelb-Grün. Sogar eine Fortsetzung der Großen Koalition ist nicht gänzlich auszuschließen. Bereits geringfügige Prozentverschiebungen können bis zur endgültigen Stimmenauszählung den Ausschlag für eins von zwei oder drei Modellen zur Regierungsbildung geben.

Unabhängig davon, wie die künftige Bundesregierung nach der Wahl konkret aussieht, überprüfen wir die Positionen der Parteien genau mit Blick auf unser SHK-Handwerk. So haben wir die für unser Handwerk wichtigsten Themen und Fragestellungen in Form von zehn Prüfsteinen für eine erfolgreiche Politik an die sechs aktuell im Bundestag vertretenen Parteien übersandt. Für statement. haben wir die Parteien mit detaillierten Fragen auf Basis unserer Wahlprüfsteine konfrontiert. Deren Antworten zu den drei Handlungsfeldern Wirtschaft, Klimaschutz/Wärmewende und Gesundheit drucken wir für Sie in dieser Wahl-Spezialausgabe zum Nachlesen in voller Länge ab. Die Auswertung der Antworten zeigte erneut, dass es einerseits getrennte Positionen und inhaltliche Schnittmengen zwischen manchen Parteien gibt, andererseits auch vielversprechende und interessante Einzelansätze, für die es je nach Koalitionsbildung wahrscheinlich Unterstützung bei dem ein oder anderen möglichen Regierungspartner geben könnte. Eine Zusammenfassung der Positionen und Vorhaben, die

in der kommenden Legislaturperiode Auswirkungen für unser Handwerk haben könnten, folgt am Ende – zusammen mit unserer Einschätzung. Bemerkenswert ist, dass bereits zwei Parteien unseren Vorschlag für innovative Lösungen (CO₂-Garantiefonds) aufgegriffen haben.

Wir geben keine Wahlempfehlung, denn jede Bürgerin, jeder Bürger sollte seine Wahl nach bestem Wissen und Gewissen treffen. Unser Anliegen ist es, Ihnen Orientierung zu bieten zur Vielzahl an Positionen und Vorhaben der sechs Parteien, die unser Handwerk unmittelbar betreffen.

Ich wünsche Ihnen eine aufschluss- und hilfreiche Lektüre!



Helmut Bramann
Hauptgeschäftsführer ZVSHK

BUNDESTAGSWAHL 2021: KLIMASCHUTZ, GESUNDHEIT UND WIRTSCHAFT

ZVSHK fragt – die Parteien antworten

Klimaschutz, Gesundheit und Wirtschaft bilden in der nächsten Legislaturperiode entscheidende politische Handlungsfelder. Davon sind originäre Geschäftsfelder unseres Handwerks betroffen. Von der Energiewende im Wärmemarkt bis zum altersgerechten Bau oder Umbau von Wohngebäuden – die Fachbetriebe des SHK-Handwerks werden besonders gefordert sein.

Der Zentralverband Sanitär Heizung Klima (ZVSHK) hat im vergangenen Juli zehn Wahlprüfsteine für eine erfolgreiche Klima-, Gesundheits- und Wirtschaftspolitik aus Sicht des Sanitär-, Heizungs- und Klimahandwerks formuliert. Sie bilden das aktuelle Anforderungsprofil des Zentralverbands für den neuen Bundestag und eine neue Bundesregierung.

Aus den Wahlprogrammen der Parteien lassen sich die für das SHK-Handwerk relevanten Positionen zu den drei Handlungsfeldern nur andeutungsweise herauslesen. Daher haben wir für unsere statement.-Sonderausgabe zur Bundestagswahl die sechs im Bundestag vertretenen Parteien gezielt befragt.

Auf den folgenden Seiten veröffentlichen wir die uns gegebenen Antworten aller sechs Parteien ungekürzt in vollem Wortlaut und direkt miteinander vergleichbar. Die Antworten geben wir in der Reihenfolge der derzeitigen Fraktionsgröße im Bundestag wieder. Die Antworten der Parteien haben wir eingehend analysiert:

Was hat das SHK-Handwerk von den einzelnen Parteien im Falle ihrer Regierungsbeteiligung zu erwarten? Welche Parteien weisen in ihren Antworten die größte Übereinstimmung mit den ZVSHK-Prüfsteinen auf? Welche Parteienkonstellation schafft aus Sicht des Zentralverbands bis zum Jahr 2025 die besten politischen Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Klima-, Gesundheits- und Wirtschaftspolitik?

Wir haben die Positionen und Aussagen der Parteien mit Blick auf die positiven wie nachteiligen Effekte für unser Handwerk geprüft. Auch offene beziehungsweise noch unentschiedene Haltungen zu einzelnen Themen bzw. Fragestellungen sind enthalten. Der Zentralverband hat zu allen Positionen der Parteien dezidierte Präferenzen, die sich an den eigenen Prüfsteinen orientieren. Er gibt auf dieser Grundlage Hinweise und keine Wahlempfehlung. Die abschließende Meinungsbildung bleibt allen Leserinnen und Lesern selbst überlassen.

DIE PARTEIEN IM FAKTEN-CHECK

Wer den Wahl-O-Mat zu allen Politikfeldern bereits genutzt hat oder die Aussagen der Parteien zu verschiedenen Themenfeldern schon verglichen hat, wird nicht überrascht sein: Die programmatischen und inhaltlichen Positionen der sechs befragten Parteien zu unseren ausgewählten Prüfsteinen zeigen in Teilen Übereinstimmungen aber auch hohe Diskrepanzen bei den Aufgabenfeldern Klimaschutz, Gesundheit und Wirtschaft. Entscheidend für unseren prüfenden Blick ist, wie sich die förder-, ordnungs- und wettbewerbspolitischen Einstellungen und Intentionen der einzelnen Parteien im Falle ihrer Regierungsbeteiligung konkret auf das SHK-Handwerk auswirken werden.

Kommunale Investitionsfonds etablieren:

Anreize für kommunale Investitionen nach Corona sind gefragt, z. B. mittels kommunaler Investitionsfonds.

Welche Instrumente sieht Ihre Partei vor, um den Sanierungsstau insbesondere bei sanitären öffentlichen Einrichtungen (Schulen, Behörden, Sportstätten, Schwimmhallen etc.) abzubauen und gleichzeitig die Inlandsnachfrage zu stärken?



Die unionsgeführte Bundesregierung hat in den vergangenen Jahren bereits kommunale Investitionen in hohem Umfang gefördert. So stellt sie mit dem Kommunalinvestitionsförderungsfonds finanzschwachen Kommunen 7 Milliarden Euro zur Verfügung. Zudem fördert der Bund mit dem „Infrastrukturprogramm“ und dem „Schulsanierungsprogramm“ von jeweils 3,5 Milliarden Euro u. a. kommunale Investitionen zur Sanierung, zum Umbau und zur Erweiterung von Schulgebäuden. Wir sehen aber, dass die Fördermittel nicht vollständig abgerufen werden. CDU und CSU wollen daher Planungs- und Genehmigungsverfahren und so Investitionen beschleunigen. Wir werden u. a. Beschaffungs- und Vergabeprozesse vereinfachen und im Rahmen der EU-Vorgaben regionale Wertschöpfung vor Ort erleichtern. Wir werden die interkommunale Zusammenarbeit stärken, indem wir uns für eine kommunalfreundliche Auslegung im Vergabe- und Umsatzsteuerrecht einsetzen. Zudem ist eine grundsätzliche Entbürokratisierung und Digitalisierung der Prozesse notwendig. In Anlehnung an den Goldenen Plan wollen wir zudem den Sanierungsstau der kommunalen und vereinseigenen Sportstätten und Schwimmbäder mit besonderem Fokus auf energetische Sanierung, Barrierefreiheit und Digitalisierung nachhaltig abbauen. So verbessern wir die gute Sport- und Schwimmstätteninfrastruktur und schaffen gleichzeitig regionale Nachfrage in den daran beteiligten Branchen.



Die konkreten Sanierungsmaßnahmen müssen die Kommunen und öffentlichen Einrichtungen selbst beauftragen oder vornehmen. Das können sie dann, wenn sie über ausreichende finanzielle Mittel verfügen. Der SPD-Bundesfinanzminister Olaf Scholz hat zum einen zahlreiche Förderprogramme für Investitionen in den Kommunen und durch die Kommunen um Milliarden Euro verstärkt (wie z. B. die Sanierungsprogramme für öffentliche Gebäude, die Städtebauprogramme oder das Investitionsprogramm für Kitas, für das allein 3,5 Milliarden Euro des Bundes zur Verfügung stehen). Und zum anderen auch viele neue Programme aufgelegt, z. B. den Digitalpakt für Schulen oder zu besserem Klimaschutz im Rahmen des Konjunktur- und Zukunftspakets der Bundesregierung, das maßgeblich von der SPD erarbeitet wurde. Zugleich wurden die Investitionsmittel für den kommunalen und regionalen Personennahverkehr mit 1 Milliarde Euro pro Jahr verstetigt. Die finanzielle Lage der Kommunen wurde wesentlich verbessert, indem der Bund bis zu einem weiteren Viertel der Kosten für Unterkunft übernommen hat (d. h. eine finanzielle Entlastung von knapp 4 Milliarden Euro pro Jahr; dieses Geld können Kommunen nun zusätzlich investieren). Ein Bundeskanzler Olaf Scholz wird zudem die am stärksten verschuldeten Kommunen von diesen Altschulden gemeinsam mit den Ländern befreien, eine Idee, die mit CDU und CSU leider bislang nicht umgesetzt werden konnte. Diese Instrumente stärken die Investitionen und damit auch die Binnennachfrage.



Die AfD möchte verlässliche rechtliche und regulatorische Rahmenbedingungen für staatliche Investitionen. Politisch induzierte Belastungen wie das Lieferkettengesetz oder das GEG sollen wieder abgeschafft werden.



Wir Freie Demokraten wollen, dass im Jahr 2025 in Deutschland 25 Prozent des Bruttoinlandsprodukts investiert werden – und zwar vor allem privat und nicht vorrangig vom Staat. Dafür wollen wir die nötigen Rahmenbedingungen schaffen. Der Staat muss seine Investitionen sowie die sonstigen steuer- und wirtschaftspolitischen Instrumente so einsetzen, dass auch private Unternehmen gern in Deutschland investieren. Zudem sind wir Freie Demokraten offen für eine Entschuldung besonders überlasteter Kommunen, die aus eigener Kraft keine finanzielle Perspektive haben. Dies würde in diesen Kommunen neue Handlungsspielräume verschaffen, damit der Ausbau- und Sanierungsstau bei den öffentlichen Infrastrukturen beseitigt werden kann. Ein mögliches Entschuldungsprogramm des Bundes muss allerdings in den zulässigen verfassungsrechtlichen Grenzen mit Infrastrukturprojekten, regionaler Wirtschaftsförderung und einer grundsätzlichen Reform der Gemeindefinanzen verbunden werden.



DIE LINKE fordert ein Investitionsprogramm von jährlich 120 Milliarden Euro, um die öffentliche Daseinsvorsorge und die Infrastruktur grundlegend zu verbessern und zu erweitern. Durch höhere Steuereinnahmen werden diese Ausgaben in erheblichem Umfang refinanziert. Wir wollen insbesondere den Kommunen Investitionsmittel zur Verfügung stellen, damit in Solar-dächer, energieeffiziente Gebäude und bezahlbares Wohnen, in bezahlbare Mobilität, Kultur und in attraktive Innenstädte investiert wird. So können wir innerstädtische Kahlschläge als Folge des Lockdowns verhindern – und zugleich die Weichen für die Zukunft stellen. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass verbrauchsnahe, regionalisierte Produktion überlebenswichtig ist. DIE LINKE will die Regionalwirtschaft dauerhaft stärken. Das bedeutet konkret: ermäßigte Mehrwertsteuersätze für arbeitsintensives Handwerk; umfangreiches und für Aufträge sorgendes Investitionsprogramm der öffentlichen Hand; Mietendeckel für Kleingewerbe, Handwerk, soziale und kulturelle Einrichtungen; scharfes Wettbewerbsrecht gegen Digitalkonzerne und „Datenkraken“.



Die von Ihnen angesprochenen Sanierungen sind essentiell für eine zukunftsfähige Infrastruktur. Wir GRÜNE haben Vorschläge entwickelt, wie den Kommunen grundsätzlich und in der Corona-Krise so geholfen werden kann, dass dies auch nachhaltig ist. Wir wollen einen grünen Investitionsfonds in Höhe von 500 Milliarden Euro über zehn Jahre auflegen. Außerdem werden wir die Beratung von Kommunen, wie sie diese Mittel beantragen, verbessern. Wir wollen den Förderdschungel lichten, die Förderderrichtlinien vereinfachen und an die kommunalen Bedingungen anpassen. Damit auch und vor allem finanzschwache Kommunen die Fördermittel beantragen können, wollen wir die Kofinanzierungserfordernisse senken.

Technologieoffen Kurs halten:

Für die Klimawende im Wärmemarkt bedarf es eines technologieoffenen sowie restriktionsfreien Ansatzes.

Welchen Ansatz werden Sie mit Blick auf Heiztechnik, regenerative Technik und erneuerbare (CO₂-freier) Brennstoffe verfolgen?
Würden Sie die Modernisierungen anreizende Förderkulisse (BEG, GEG) ausbauen bzw. ergänzen?



CDU und CSU streben einen technologieoffenen Ansatz auch im Hinblick auf Wärmeversorgung an. Wir unterstützen mit Förderprogrammen den Wechsel auf nachhaltige Wärmeversorgung und Heiztechnik und wollen diesen Weg weitergehen und die Rahmenbedingungen stets an die Ansprüche und die Zielerreichung anpassen.



Die AfD verfolgt einen technikoffenen Ansatz sowohl bei der Energieerzeugung als auch bei der Heiztechnik. Das GEG möchte die AfD wieder abschaffen. Übertriebene und ihrem Nutzen nach fragwürdige Vorgaben wie z.B. das GEG lehnen wir ab.



Wir setzen uns für einen technologieoffenen Ansatz in der Energie- und Klimapolitik ein. Die CO₂-Emissionen wollen wir über alle Sektoren hinweg durch einen ausgeweiteten europäischen Emissionshandel deckeln und darüber hinaus keine weiteren Vorgaben machen. Den derzeitigen Rechtsrahmen wollen wir technologieoffen weiterentwickeln, indem zum Beispiel das Gebäudeenergiegesetz (GEG) auf die CO₂-Bilanz ausgerichtet wird.



DIE LINKE fordert ein Verbot des Einbaus fossiler Heizungen* für den Neubau, eine Anhebung des Neubaustandards im GEG auf KfW 40 und ein Ende der Förderung von fossilen Heizanlagen im Bestand. Im Wärmebereich geht es zum einen um eine deutliche Reduzierung des Wärmebedarfs, zum anderen um das Anwachsen regenerativer Wärme. Beide Wege bedingen sich, da der Einsatz der besonders effizienten Wärmepumpen an energieeffiziente

Gebäude gekoppelt ist. In diesem Zusammenhang fordern wir eine weitere Aufstockung der (warmmietenneutralen) Sanierungsförderung sowie eine Qualifizierungsoffensive, um die Wärmepumpe, Großwärmespeicher sowie Nahwärmenetze voranzubringen. Den Einsatz von Wasserstoff im Gebäudesektor lehnen wir wegen dessen Ineffizienz im Grundsatz ab. Wir fordern eine grundsätzliche Neujustierung aller BEG-Parameter in Richtung höchstmögliche Effizienz bei Gebäudehülle, beim Einsatz regenerativer Energien sowie bei weiteren Vorgaben zur Treibhausgasminimierung.



Für den Klimaschutz und Senkung der CO₂-Emissionen ist es wichtig, dass wir unsere Heizungen und Wärmeversorgung auf Erneuerbare umstellen. Dafür wollen wir GRÜNE das Gebäudeenergiegesetz weiterentwickeln und u.a. hohe Bau- und Sanierungsstandards festlegen und fördern. Auch beim Heizungsaustausch und der Wärmeversorgung müssen wir Klimaschutz in den Mittelpunkt stellen. Wir wollen dafür sorgen, dass Ölheizungen nicht mehr eingebaut werden. Mit einem Investitionsprogramm ermöglichen wir den Einsatz erneuerbarer Wärme. Unser Ziel sind zwei Millionen Wärmepumpen bis 2025. Auch die Fern- und Nahwärme wollen wir dekarbonisieren und richten die Förderung an klimaneutralen Lösungen aus. Für die Energieeffizienz ist es maßgeblich, dass die Wärme aus verschiedenen Erneuerbaren-Quellen wie Abwärme, Geo- oder Solarthermie eingespeist und gespeichert wird. Dabei werden wir auch Industrie und Wirtschaft in die Wärmesysteme einbinden.



Olaf Scholz und seine SPD machen sich dafür stark, dass Deutschland bis 2045 klimaneutral wird. Um die Klimaziele für den Gebäudesektor zu erreichen, muss die Modernisierungsrate insbesondere im Gebäudebestand deutlich steigen. Wir haben das Ziel, dass bis 2030 fünf Millionen Häuser über innovative Heiz- und Energiesysteme (z.B. Wärmepumpen) versorgt werden. Wir werden außerdem den Ausbau lokaler Wärmenetze stärker fördern und wollen, dass möglichst jedes geeignete Dach mit PV-Anlagen ausgerüstet wird. Wir setzen uns dafür ein, dass der CO₂-Preis für das Heizen zukünftig vom Vermieter getragen wird. Damit wollen wir einen zusätzlichen Anreiz zur energetischen Modernisierung im Mietwohnungsbau schaffen. Dies haben CDU und CSU bislang blockiert. Bereits 2020 hat Olaf Scholz die steuerliche Förderung energetischer Sanierungsmaßnahmen wie den Heizungsaustausch eingeführt. Gleichzeitig wurde die Förderung energetischer Sanierungsmaßnahmen mit der Bundesförderung energieeffiziente Gebäude (BEG) neu ausgerichtet. Die Fördermittel werden wir in den kommenden Jahren noch einmal deutlich erhöhen. Klimaschutz und CO₂-Re-

Klimawende aus Verbrauchersicht denken (CO₂-Garantiefonds):

Maßnahmen zur CO₂-Reduktion sollten bezahlbar, sozialverträglich und versorgungssicher sein.

Planen Sie, bestehende Instrumente wie Fördergelder oder Zuschüsse in ihrem Umfang zu erweitern oder sie gar mit neuen wie „CO₂-Garantiefonds“ auf CCfD-Basis optimal zu ergänzen und Investitionsrisiken für Nutzer abzusichern?



Um unsere Wirtschaft im weltweiten Wettbewerb vor Wettbewerbsverzerrungen zu schützen, streben CDU und CSU international höhere Standards und angepasste Preise an. Zudem wollen wir in internationalen Klimakooperationen mit großen Volkswirtschaften ambitionierte Standards etablieren. Ergänzend dazu wollen wir gemeinsam mit unseren europäischen Partnern einen WTO-konformen CO₂-Grenzausgleich (Carbon Border Adjustment Mechanism) einführen. Wir sehen zudem in Carbon Contracts for Difference ein wichtiges Instrument, um unsere Unternehmen beim Klimaschutz zu unterstützen.



[Siehe Antwort zur Frage vorher.]



Die AfD plant alle Abgaben, Vorgaben und Steuern, die auf CO₂-Emissionen beruhen, wieder abzuschaffen.



Wir Freie Demokraten fordern einen sektorübergreifenden Emissionshandel, dessen einheitlicher Marktpreis für Treibhausgasemissionen die Vermeidungs- und Investitionsanreize der Wirtschaft und privaten Haushalte so setzt, dass die gesamtwirtschaftlichen Kosten der Erreichung der Klimaschutzziele minimiert werden. Dadurch schaffen wir bereits eine Grundvoraussetzung für sozial verträglichen Klimaschutz. Aus den Einnahmen des Emissionshandels wollen wir aufkommensneutral die Stromsteuer senken, die EEG-Umlage abschaffen und eine Klimadividende an die Bürger auszahlen.



Wir schlagen eine Fokussierung der Förderkulisse vor, konkret mit einem „Sofortprogramm klimagerechte und sozialverträgliche Erneuerung von Siedlungsbauten der Nachkriegszeit“ (erbaut zwischen 1949 und 1978; ca. 7,5 Millionen Wohnungen, von denen drei Viertel kaum energetisch saniert sind). Dafür sollten – zusätzlich zur Aufstockung der laufenden KfW-Programme auf dauerhaft mindestens 5 Milliarden Euro jährlich – noch einmal 5 Milliarden Euro pro Jahr bereitgestellt werden. Ferner sollten Sanierungsberater innerhalb eines Sozialplanverfahrens gemäß § 180 BauGB an Klimastützpunkten beratend (und für die Mieterinnen und Mieter schützend) tätig sein und sozialverträgliche Quartiers-Sanierungskonzepte koordinieren. Schließlich sind Weiterbildungs- und Zertifizierungsprogramme für Handwerker und Baubetriebe für uns weitere Bausteine, um zu mehr, qualitativ guten und preiswerten energetischen Sanierungen zu kommen.



Für wirksamen Klimaschutz setzen wir auf einen Mix aus CO₂-Preisen, Anreizen, Förderung und Ordnungsrecht, das entsprechende Standards verbindlich macht. Damit die CO₂-Bepreisung sozial gerecht ist, wollen wir z.B. die zusätzlichen Einnahmen aus dem CO₂-Preis direkt an die Bürger*innen in Form eines Energiegeldes pro Kopf zurückgeben. So werden Geringverdiener*innen und Familien entlastet, da diese meist einen kleinen CO₂-Fußabdruck haben. Zur Förderung wollen wir Klimaverträge (CCfDs) mit Unternehmen abschließen, mit denen wir die Differenz zwischen dem aktuellen CO₂-Preis und den tatsächlichen CO₂-Vermeidungskosten erstatten, damit sich Klimaschutzinvestitionen sofort rechnen und kurzfristige Wettbewerbsnachteile gegenüber Regionen ohne eine CO₂-Bepreisung verringert werden. Darüber hinaus wollen wir auch direkte Investitionszuschüsse für den Ersatz fossiler Technologien und Verfahren gewähren sowie über degressive Abschreibungen Investitionen in klimaneutrale Verfahren fördern.

Heimisches Holz als CO₂-neutralen Energieträger berücksichtigen:

Keine erfolgreiche Wärmewende ohne die saubere Nutzung des CO₂-neutralen heimischen Brennstoffs Holz.

Inwieweit würden Sie moderne Holzfeuerungsstechnologien mit hohen Wirkungsgraden, den Austausch veralteter Holzöfen und den Einsatz von bis zu 90 Prozent Feinstaubemissionen sparenden und energieeffizienteren Holzzentralheizungen fördern?



CDU und CSU befürworten insbesondere die Wärmenutzung von Schwachholz bzw. Holz am Ende der Nutzungskaskade. Das in den vergangenen Trockenjahren in erheblichen Mengen angefallene Schadholz kann auch im Wärmesektor eine ökologisch sinnvolle Verwendung finden. Die Förderung umweltfreundlicher Heizungsanlagen haben CDU und CSU 2021 wesentlich verbessert und erhöht. Biomasseheizungsanlagen können je nachdem mit 35 bzw. beim Austausch einer Ölheizung mit 45 Prozent gefördert werden, mit einem individuellen Sanierungsfahrplan oder mit einem Innovationsbonus bei Einhaltung eines strengen Grenzwertes für Feinstaub sogar noch etwas mehr.



Die Förderung von konkreten Heizungsanlagen, auch Holzfeuerungsanlagen, haben wir in den entsprechenden Förderrichtlinien geregelt. Sie werden fortlaufend evaluiert, damit beurteilt werden kann, ob Nachsteuerungsbedarf besteht. Das wird zusammen mit Expert:innen des Fraunhofer-Instituts in Aachen beurteilt.



[Hierzu ist die Positionsfindung der AfD noch nicht abgeschlossen.]



Wir Freie Demokraten setzen auf die Marktanzreize des von uns geforderten sektorübergreifenden Emissionshandels und des daraus resultierenden Marktpreises für Treibhausgasemissionen. Die Wahl der Heiztechnologien überlassen wir daher dem Wettbewerb der Heizungsanbieter und der Nachfrage der Immobiliennutzer. Moderne Holzheizungsanlagen können einen wirksamen Beitrag zur CO₂-Reduzierung und Schadstoffminderung im Gebäudesektor leisten.



Heimisches Holz aus zertifizierten Wäldern ist in erster Linie ein wichtiger Rohstoff für eine sozial-ökologische Bauwende, um wegzukommen von der verheerenden Klimabilanz herkömmlicher Baustoffe wie etwa Beton. Die Emissionen im Gebäudebereich fallen zu 50 Prozent bei der Herstellung von Gebäuden an, daher müssen Subventionen für umweltschädliche Baustoffe gestrichen und die Benachteiligung recycelter und nachwachsender Rohstoffe beendet werden. Hochwertiges Holz ist zu schade, um es zu verheizen, dafür kommen einzig Restholz oder Altholz in Frage. Wir lehnen eine Förderung von Holz als erneuerbarer

Energie in Biomasse-Anlagen ab. Eine Förderung von Brennholz für Kamine feuert den Markt etwa in Osteuropa an. Die Herkunft von Brennholz ist oft nicht nachzuweisen. Der weltweite illegale Handel mit dem Rohstoff Holz, Raubbau und Waldvernichtung gefährden Ökosysteme und das Klima.



Die Ressource Holz muss effizient und nachhaltig genutzt werden, auch um zu vermeiden, dass es zu vermehrtem Import von Hölzern kommt. Deshalb wollen wir GRÜNE eine Kaskadennutzung fördern, in der Holznutzung für langlebige Produkte wie für den Bau und für Möbel an erster Stelle steht. Wenn Holz verbrannt wird, sollte dies mithilfe einer möglichst modernen Holzfeuerungsstechnologie geschehen. Heizungen mit Holz müssen mit wirksamer Emissionsminderungstechnik entsprechend dem Stand der Technik, wie zum Beispiel einem Partikelabscheider, ausgestattet sein, um negative Effekte auf die Luftqualität zu vermeiden. Eine Förderung kann im Einzelfall sinnvoll sein.

Bestehende Infrastrukturen nutzen:

Die weitere Nutzung von Infrastrukturen (Bsp. Erdgas) kann dazu beitragen, Energiewende-Mehrkosten im Rahmen zu halten.

Wie sehen Sie die Chancen zu deren Nutzung, zur Umstellung auf CO₂-neutrale Energieträger und deren Ausbau in Kombination mit EE-Einbindung, woran sich Energieversorger, Hersteller und Handwerk orientieren könnten?



CDU und CSU wollen, dass Wasserstoff aus erneuerbaren Energien gewonnen wird. Mit dem Aufbau eines starken europäischen Heimatmarktes für nachhaltige Wasserstofftechnologien fördern wir Deutschland nicht nur als Industriestandort. Wir werden die Gasnetze in Deutschland schneller ausbauen und für die Einspeisung von Wasserstoff ertüchtigen. So werden wir bestehende Infrastruktur nutzen und darauf für die Daseinsvorsorge der Zukunft aufbauen.



Die Nutzung von Gas und Erdgas wird als Übergangstechnologie sowohl für Heizung als auch zur Stromerzeugung noch gebraucht. Die Gasübertragungsnetze wollen wir fit für die Durchleitung von Wasserstoff machen.



Die AfD will die gescheiterte sogenannte Energiewende beenden und die weitere Verfolgung der sogenannten Dekarbonisierung verhindern. Sie führt zu einem radikalen Umbau von Industrie und Gesellschaft („Die Große Transformation“/„The Great Reset“) und bedroht unsere Freiheit in einem immer beängstigenderen Ausmaß. Die AfD lehnt dieses Ziel und den damit verbundenen Gesellschaftsumbau ab. Wir fordern eine technikoffene Energieerzeugung, die günstig, sauber und grundlastfähig ist. Dazu gehört ein Energiemix aus Kohle, Gas und Kernkraft.



Wir treten grundsätzlich für Technologieoffenheit ein. Die bestehende Gasinfrastruktur kann perspektivisch auch mit einem steigenden Anteil klimafreundlicher Gase betrieben beziehungsweise ganz umgestellt werden. Daher setzen wir uns für eine technologieoffene Regulierung der entsprechenden Netze und gegen die Diskriminierung einzelner Technologien ein.



Wir sehen die Beimischung von Wasserstoff in das bestehende Erdgasnetz kritisch. Die Planung der Erdgasinfrastruktur müsste zunächst die Klimaziele berücksichtigen. Grüner Wasserstoff hat eine wichtige Rolle im künftigen

Energiesystem, ist aber keine Allzweckwaffe. Bei Gebäudewärme und Pkw-Mobilität sollten Stromanwendungen Vorrang erhalten, weil sie effizienter sind. Eine Beimischung von Wasserstoff ins Erdgasnetz könnte Energiewendeziele gefährden. Bei der Umwidmung von Erdgasnetzen in reine Wasserstoffnetze sollte verhindert werden, dass dann neue Erdgasnetze auf Kosten der Erdgaskund:innen gebaut werden müssen. Wir fordern konsequenten Klimaschutz und ein Erdgasausstiegsgesetz mit sozialer Absicherung der Beschäftigten.



Klimaneutralität in weniger als 30 Jahren heißt, dass die eine fossile Infrastruktur nicht einfach durch eine andere fossile Infrastruktur ersetzt werden darf. Wir GRÜNE leiten daher den Einstieg in den Ausstieg aus den Fossilen ein: Die Planung unserer Infrastruktur für Strom, Wärme und Wasserstoff braucht ein Update und muss Klimaneutralität in den Mittelpunkt stellen. Neue Gaskraftwerke oder Infrastrukturen, die wir für den Kohleausstieg brauchen, darf es deshalb nur geben, wenn sie aktuell zwingend notwendig sind und bereits für Erneuerbare – d.h. in der Regel wasserstoff-ready – geplant und gebaut werden. Wir werden die rechtlichen Grundlagen dafür schaffen, dass neue Betriebsgenehmigungen für Kraftwerke zeitlich befristet erteilt werden und den Wechsel von Erdgas zu erneuerbaren Energieträgern enthalten. Denn auch Erdgas ist ein klimaschädlicher Brennstoff, sein Gebrauch muss immer weiter abnehmen.

Energetische Mindeststandards für Gebäude einführen:

Die Altgebäudesanierung bietet ein hohes Energieeffizienz- und Klimaschutzpotenzial.

Können Sie sich in diesem Zusammenhang die Einführung energetischer Mindeststandards für Bestandsgebäude (MEPS) vorstellen, die sich sehr stark sowohl auf die Effizienzsteigerung als auch die CO₂-Reduktion im Gebäudesektor auswirken würde?



Zur Effizienzgewinnung setzen CDU und CSU vor allem auf technologische Weiterentwicklung und Innovationen – bei Produkten ebenso wie bei Verfahren. Hierzu gehören Quartiersansätze, die Wärmeeffizienz, der Ausbau und die Modernisierung der Wärme- und Stromnetze, die Digitalisierung und Betriebsoptimierungen ebenso wie der Ausbau von Speicherkapazitäten und energetische Baustandards. Um die energetische Sanierung von Wohn- und Gewerbeimmobilien noch besser zu fördern, werden wir die KfW-Programme attraktiver gestalten. Die Steuerförderung der Gebäudesanierung wollen wir auf vermietete Immobilien und auf Gewerbeimmobilien ausdehnen. Wir werden gewerbliche Investitionen, die einen Beitrag zur Energieeffizienz und CO₂-Reduzierung leisten, durch eine schnellere Abschreibung begünstigen.



Effizienzsteigerungen zur Klimaneutralität von Gebäuden sind bereits vorgeschrieben (z.B. in der ENEC) und werden das auch in Zukunft werden.



Hierzu ist die Positionsfindung der AfD noch nicht abgeschlossen. Vorgaben, die auf Reduktion des Spurengases CO₂ beruhen, lehnt die AfD jedoch ab. Die Reduktionsziele der Bundesregierung sind nicht dazu geeignet noch wären sie dazu in der Lage, den CO₂-Gehalt in der Atmosphäre zu beeinflussen.



Wir Freie Demokraten wollen Klimaschutz ohne Eingriffe in das Eigentum und kleinteilige ordnungsrechtliche Vorgaben erreichen, indem wir durch die Ausweitung des EU-Emissionshandels Anreize für Investitionen und Innovationen setzen. Wir sind davon überzeugt, dass der Zielkonflikt zwischen bezahlbarem Wohnraum und Klimaschutz nur durch Technologieoffenheit und die Innovationskraft der Wirtschaft und Wissenschaft aufgelöst werden kann. Der CO₂-Zertifikathandel entfesselt hierfür den Wettbewerb. Aktuell entwickeln sich die vorgegebenen energetischen Anforderungen jedoch zum Kostentreiber. Durch Sanierungspflichten zur Erreichung gewisser Energieeffizienzklassen wird Wohnen immer teurer, deshalb lehnen wir Freie Demokraten diesen Weg auch ab. Gerade im Gebäudebestand sehen wir Freie Demokraten enorme Potenziale zur CO₂-Vermeidung, wenn durch intelligente Verbrauchsmessungen unbekannte Verbraucher identifiziert und zusätzliche Energieeinsparoptionen aufgezeigt werden. So lassen sich Klimaschutz und der wirtschaftliche Betrieb von Immobilien geschickt kombinieren, ohne hierfür kostenintensive energetische Sanierungen der Gebäudesubstanz durchführen zu müssen.



Angesichts der verpassten letzten Jahre bei der Durchsanierung des Gebäudebestandes ist die Herausforderung enorm. Die Sanierungsquote muss mindestens verdreifacht werden. Und das muss sozialverträglich geschehen, also warmmietenneutral und mietrechtlich abgesichert. Die Fördermittel müssen erhöht werden und teilweise von der erheblichen Neubaugeffizienzförderung umgeleitet werden in die sozialverträgliche energetische Sanierung des Gebäudebestandes. Neben der Steigerung der Gebäudeeffizienz ist der Restenergiebedarf schrittweise – aber mit deutlich höherem Tempo – durch regenerative Energie zu decken. Die zentrale Rolle spielt für uns dabei die Wärmepumpe. Ihr Einsatz setzt in der Regel eine gute Isolation der Gebäudehülle voraus. Insofern müssen aufgestockte Förderprogramme zur energetischen Sanierung mit denen zur Förderung von regenerativer Wärme (die insbesondere für die Wärmepumpe deutlich auszubauen sind) Hand in Hand gehen.



Mit unserem Klimaschutz-Sofortprogramm werden wir GRÜNE das Gebäudeenergiegesetz weiterentwickeln, indem wir in einem ersten Schritt die energetischen Standards bei Neubauten auf KfW 40 und bei Sanierungen auf KfW 55 verbessern (Ausnahme denkmalgeschützte Gebäude). Zudem werden wir dafür sorgen, dass Ölheizungen nicht mehr neu eingebaut werden. Außerdem werden wir ein Förderprogramm für zwei Millionen hocheffiziente Wärmepumpen bis 2025 auflegen, denn die Zukunft des Heizens liegt in den Erneuerbaren. Entsprechend werden wir die Fördermittel für die Wärmewende von aktuell rund 3 auf 7 Milliarden Euro erhöhen. Wir wollen auch dafür sorgen, dass die Kosten für den CO₂-Preis beim Heizen von den Hauseigentümer*innen getragen werden. Denn sie entscheiden über Sanierungsmaßnahmen und darüber, welche Art von Heizung verwendet wird.

Bestehende Wartungsverpflichtung bei Anlagenbetreibern kontrollieren:

Nicht ausgeschöpfte und beträchtliche Potenziale zur Effizienzsteigerung und Ressourcenschonung in Gebäuden über das Ordnungsrecht erschließen.

Würden Sie die Kontrolle und Wartung von Heizungs-, Kühl- und Raumlufttechnik sowie der Warmwasserversorgung für die Anlagenbetreiber laut EnEV und GEG über Fachbetriebe verpflichtend vorschreiben?



[nicht beantwortet]



Wartung und Kontrolle von Anlagen legen aber weitestgehend deren Hersteller fest.



[Hierzu ist die Positionsfindung der AfD noch nicht abgeschlossen.]



Die Kontrolle und Überwachung solcher Systeme [Redaktionelle Anmerkung: gemeint sind hier „intelligente Verbrauchsmessungen“, siehe Antwort unter 6.] müssen dabei nicht vom Gesetzgeber verpflichtend vorgeschrieben werden. Wir sind vielmehr davon überzeugt, dass Immobilienbesitzer und -verwalter die Vorteile solcher Systeme erkennen und nutzen werden.



DIE LINKE schlägt eine verpflichtende kostenlose Sanierungsberatung und einen bundesweiten Klimacheck von Gebäuden (Gebäude-TÜV) vor. In regelmäßigen Abständen sollen der energetische Zustand und der Stand der Sanierung von Gebäuden überprüft werden. Innerhalb dieses Rahmens ist auch eine regelmäßige Wartung der Gebäudetechnik sinnvoll.



[nicht beantwortet]

Investitionen zur Steigerung der Innenraumlufthygiene auslösen:

Raumlufttechnische Anlagen (RLT) und Filtertechnologien verbessern die Qualität der Innenraumluft und helfen, die Aerosolkonzentration in einem Raum enorm zu vermindern.

Würden Sie neben der bereits geförderten Um- und Aufrüstung bestehender RLT-Anlagen auch den Neu- und Ersteinbau – vor allem bei Hochschulen, Schulen und Kitas – fördern?



Die unionsgeführte Bundesregierung hat das Förderprogramm für stationäre RLT-Anlagen um den Neueinbau für RLT-Anlagen in Einrichtungen für Kinder unter 12 Jahren ausgeweitet. Seit dem 11. Juni 2021 können entsprechende Anträge gestellt werden. Die Förderung ist begrenzt auf Räume und Einrichtungen für Kinder bis 12 Jahren, da für diese Altersgruppe bisher kein Impfstoff gegen Corona zugelassen ist. Anträge können entweder durch die Träger der Einrichtungen oder durch Schulen, Kitas und Horte gestellt werden. Es gibt maximal 500.000 Euro pro Standort. Darüber hinaus beschloss die unionsgeführte Bundesregierung am 14. Juli 2021 die finanzielle Unterstützung der Länder bei Beschaffung von mobilen Luftfiltern für Schulen und Kitas. Das unionsgeführte Bundesministerium für Wirtschaft und Energie stellt dafür weitere 200 Millionen Euro bereit. Es ist das gemeinsame Ziel von CDU und CSU, den Präsenzunterricht und die Kinderbetreuung im Herbst und Winter auch bei einer möglichen Verschlechterung der Infektionslage aufrechtzuerhalten.



Die Bundesregierung (Bundesministerium für Wirtschaft) hat bereits ein Förderprogramm auch für den Neu- und Ersteinbau von raumlufttechnischen Anlagen aufgelegt.



[Hierzu ist die Positionsfindung der AfD noch nicht abgeschlossen.]



Der Neu- und Ersteinbau von raumlufttechnischen Anlagen (RLT) und Filtertechnologien ist bereits heute im Rahmen bestehender Förderprogramme möglich. So kann im Rahmen eines energetischen Gesamtkonzepts eine Förderung über die Bundesförderung für effiziente Gebäude oder die Kommunalrichtlinie beantragt werden.



Im Sinne einer resilienten, krisenfesten und qualitativen öffentlichen Infrastruktur, wollen wir Bundesmittel, wie die bestehende Bundesförderung „Corona-gerechte Um- und Aufrüstung von raumlufttechnischen Anlagen in öffentlichen Gebäuden und Versammlungsstätten“ in Höhe von 500 Millionen Euro, dafür nutzen, dass Hochschulen, Schulen, Kitas, aber auch kulturelle Einrichtungen und andere öffentliche Gebäude so umgerüstet werden, dass sie die Raumluftqualität deutlich verbessern.



Schließungen von Schulen und Kitas im Herbst müssen vermieden werden. Doch vielerorts sind Bildungseinrichtungen auch im zweiten Jahr der Pandemie nicht ausreichend vorbereitet – das betrifft vor allem die Anschaffung von mobilen Luftfiltergeräten bzw. den Einbau von raumlufttechnischen Anlagen. Wir GRÜNE fordern daher seit längerem ein Förderprogramm für mobile Luftfilteranlagen in Schulen und Kitas. Neben Maßnahmen für die Um- und Aufrüstung mit raumlufttechnischen Anlagen wollen wir auch Förderungen von Maßnahmen in Neubauten. Eine Begrenzung der Förderung auf Räumlichkeiten für Kinder unter 12 Jahren halten wir nicht für sinnvoll. Auch wenn es für Kinder ab 12 Jahren die Möglichkeit der Schutzimpfung gibt, hat die Ständige Impfkommission bisher keine allgemeine Impfpflicht ausgesprochen und der Impffortschritt in der Altersgruppe der 12–17-Jährigen ist derzeit eher gering. Um allen sicheren Unterricht zu ermöglichen, sollte bei der Förderung hier kein Unterschied gemacht werden.

Rahmenbedingungen für altersgerechtes Wohnen und ambulante Pflege setzen:

2040 machen Ü65-Jährige gut ein Viertel der Bevölkerung aus, der Bedarf an altersgerechten Wohnungen wird kontinuierlich wachsen.

Ist die notwendige Sonderabschreibung für den Umbau von alters- bzw. pflegegerechten Bädern und die Übernahme der DIN „Barrierefreies Bauen“ in die Musterbauordnung und Bauordnungen der Länder Ihrerseits zu realisieren?



[nicht beantwortet]



[nicht beantwortet]



[Hierzu ist die Positionsfindung der AfD noch nicht abgeschlossen.]



Wir Freie Demokraten fordern mehr barrierefreien oder -armen Wohnraum in Bestand und Neubau. So wollen wir Menschen ermöglichen, möglichst lange selbstbestimmt in ihrem gewohnten Umfeld leben zu können. Ein breites Bündnis von Bund, Ländern, Kommunen, aus Wissenschaft und Praxis, Politik und Gesellschaft soll das Thema „Wohnen im Alter“ mehr in das Bewusstsein aller Akteure rücken und Lösungen erarbeiten. Eine Aufnahme zusätzlicher Vorschriften in die Musterbauordnung erscheint dabei zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht erforderlich.

DIE LINKE.

Umfassende Barrierefreiheit in allen Lebensbereichen ist eine Grundvoraussetzung für die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderungen, chronischen Erkrankungen und altersbedingten Beeinträchtigungen. Wir wollen die Herstellung von Barrierefreiheit als Gemeinwohlziel und als Teil einer angemessenen Wohnraumversorgung verbindlich gesetzlich festschreiben. Die Übernahme der DIN „Barrierefreies Bauen“ in die Musterbauordnung und die Bauordnung der Länder ist dabei ein wichtiger weiterer Beitrag.



[nicht beantwortet]

Bauliche Vorsorge in altersgerechte Bäder fördern:

Eine höhere und kontinuierliche Förderung von barrierefreiem Wohnen infolge demografischer Entwicklung ist zwingend geboten.

Unterstützen Sie eine Erhöhung des Fördervolumens auf 150 Millionen Euro p. a. sowie des Zuschussanteils im KfW-Investitionszuschussprogramm „Barrierereduzierung“ (455-B) zur baulichen Vorsorge in altersgerechte Bäder?



Uns ist wichtig, dass Menschen möglichst lange in der eigenen Wohnung, im Haus oder im angestammten Wohnviertel leben können. Deshalb werden CDU und CSU die dafür erforderlichen Investitionen in den altersgerechten und barrierefreien Umbau – insbesondere über KfW-Programme – unterstützen.



Das KfW-Programm zur altersgerechten Sanierung von Wohnraum wird, nachdem es die CDU von 2009 bis 2013 aus dem Bundeshaushalt gestrichen hatte, seit 2013 auf Initiative der SPD wieder mit Bundesmitteln unterstützt. Wir werden auch in den kommenden Jahren dafür sorgen, dass ausreichend Mittel zur Verfügung stehen.



[Hierzu ist die Positionsfindung der AfD noch nicht abgeschlossen.]



Zur Unterstützung entsprechender baulicher Maßnahmen wollen wir die Vielzahl an bestehenden Förderungen zusammenführen und die lineare Abschreibung von zwei auf drei Prozent erhöhen.

DIE LINKE.

Ältere Menschen sollen so lange wie gewünscht in ihrer eigenen Wohnung und im gewohnten Wohnumfeld bleiben können. Ein Umzug ist schon angesichts der hohen Angebotsmieten vielerorts kaum möglich. Deshalb brauchen sie ausreichend Förderung und Unterstützung, ihre Wohnungen an ihre veränderten Bedürfnisse anzupassen. Der große Mangel an barrierefreien Wohnungen führt dazu, dass viele Mieter*innen den Umbau in ihre eigenen Hände nehmen. Die KfW-Programme „Altersgerecht Umbauen“ und „Barrierereduzierung“ unterstützen sie dabei. Wir wollen die Programme ausbauen und auf einem höheren Niveau verstetigen. Die Zuschussförderung ist besonders für ältere Eigenheimbesitzer*innen wichtig, die wenig Aussicht haben, einen Kredit zu bekommen.



Ja, wir GRÜNE wollen das KfW-Programm für altersgerechten Umbau bedarfsgerecht aufstocken. Dazu ist die Erhöhung der Mittel erforderlich, damit nicht im Jahresverlauf immer wieder ein Förderstopp droht. Der Barriereabbau muss entschlossen und entsprechend dem hohen, gestiegenen Bedarf angegangen werden. Darüber hinaus wollen wir, dass die Maßnahmen eines altersgerechten Umbaus oder Sanierung weiterhin im Rahmen der Modernisierungsumlage umlagefähig sind.

Die Parteien im Fakten-Check

Bewertung/Einschätzung ZVSHK

- ++ = hohe Übereinstimmung
- + = positiv bzw. SHK-affine/s Vorhaben
- +/- = teilweise Übereinstimmung
- = keine neuen Vorschläge bzw. nicht SHK-affin
- /- = keine Übereinstimmung oder nicht beantwortet

WIRTSCHAFT

Kommunale Investitionen zur Sanierung öffentlicher Einrichtungen

+/- Die CDU/CSU betrachten die bestehenden Fördermittel als ausreichend, wollen allerdings Planungs- und Genehmigungsverfahren und darüber Investitionen beschleunigen. Konkret: Beschaffungs- und Vergabeprozesse vereinfachen, regionale Wertschöpfung vor Ort im Rahmen der EU-Vorgaben erleichtern und sich für eine kommunalfreundliche Auslegung im Vergabe- und Umsatzsteuerrecht einsetzen. CDU/CSU wollen den Sanierungsstau der kommunalen und vereinseigenen Sportstätten und Schwimmbäder mit besonderem Fokus auf energetische Sanierung, Barrierefreiheit und Digitalisierung nachhaltig abbauen.

+ Die SPD weist auf die bereits erfolgte Verstärkung von zahlreichen Förderprogrammen für Investitionen in den Kommunen und durch die Kommunen um Milliarden Euro hin (z.B. über die Sanierungsprogramme für öffentliche Gebäude, die Städtebauprogramme oder das Investitionsprogramm für Kitas, für das 3,5 Milliarden Euro des Bundes zur Verfügung stehen). Und zum anderen auf die Auflage vieler neuer Programme, z. B. den Digitalpakt für Schulen oder zu besserem Klimaschutz im Rahmen des Konjunktur- und Zukunftspakets der Bundesregierung, das nach eigener Angabe maßgeblich von der SPD erarbeitet wurde. Die finanzielle Lage der Kommunen wurde laut SPD wesentlich verbessert, indem der Bund bis zu einem weiteren Viertel der Kosten für Unterkunft übernommen habe (finanzielle Entlastung von knapp 4 Milliarden Euro pro Jahr). Dieses Geld könnten Kommunen nun zusätzlich investieren. Mit Olaf Scholz als Bundeskanzler werde die SPD die am stärksten verschuldeten Kommunen von diesen Altschulden gemeinsam mit den Ländern befreien. Mit der CDU und CSU habe das bislang nicht umgesetzt werden können. Die aufgeführten Instrumente stärken der SPD zufolge die Investitionen und damit auch die Binnennachfrage.

- Die AfD möchte verlässliche rechtliche und regulatorische Rahmenbedingungen für staatliche Investitionen. Das Lieferkettengesetz oder das Gebäudeenergiegesetz (GEG) wollen sie abschaffen.

+ Die FDP will dafür sorgen, dass 25 Prozent des Bruttoinlandsprodukts bis 2025 vor allem aus privater Hand investiert werden und dazu die nötigen Rahmenbedingungen schaffen. Sie strebt eine staatliche Entschuldung besonders überlasteter Kommunen für neue Handlungsspielräume an, um den Ausbau- und Sanierungsstau bei den öffentlichen Infrastrukturen zu beseitigen – in zulässigen verfassungsrechtlichen Grenzen mit Infrastrukturprojekten, regionaler Wirtschaftsförderung und einer grundsätzlichen Reform der Gemeindefinanzen.

+ DIE LINKE fordert ein großenteils über höhere Steuereinnahmen finanziertes Investitionsprogramm von jährlich 120 Milliarden Euro, um die öffentliche Daseinsvorsorge und die Infrastruktur grundlegend zu verbessern und zu erweitern. Die Kommunen sollen Investitionsmittel erhalten, um in Solardächer, energieeffiziente Gebäude und bezahlbares Wohnen, in bezahlbare Mobilität, Kultur und in attraktive Innenstädte zu investieren. DIE LINKE will die Regionalwirtschaft dauerhaft stärken: ermäßigte Mehrwertsteuersätze für arbeitsintensives Handwerk, ein Investitionsprogramm der öffentlichen Hand, ein Mietendeckel für Kleingewerbe, Handwerk, soziale und kulturelle Einrichtungen sowie ein scharfes Wettbewerbsrecht gegen Digitalkonzerne und „Datenkraken“.

++ BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen einen grünen Investitionsfonds in Höhe von 500 Milliarden Euro über zehn Jahre auflegen. Außerdem beabsichtigen sie, die Beratung von Kommunen zur Mittelbeantragung zu verbessern. Sie wollen den Förderdschungel lichten, die Förderrichtlinien vereinfachen, an die kommunalen Bedingungen anpassen und die Ko-

finanzierungserfordernisse senken, sodass vor allem finanzschwache Kommunen die Fördermittel beantragen können.

KLIMASCHUTZ

Technologieoffene Klimawende im Wärmemarkt und Ausbau der Förderung (BEG, GEG)

+ Die CDU/CSU streben auch bei der Wärmeversorgung einen technologieoffenen Ansatz an. Abgesehen von den bereits bestehenden und fortzuführenden Förderprogrammen für den Wechsel auf nachhaltige Wärmeversorgung und Heiztechnik betonen sie die stetige Anpassung der Rahmenbedingungen an Ansprüche und Zielerreichung.

+ Die SPD sieht die Notwendigkeit, dass die Modernisierungsrate insbesondere im Gebäudebestand deutlich steigt. Dazu sollen bis 2030 fünf Millionen Häuser über innovative Heiz- und Energiesysteme (z. B. Wärmepumpen) versorgt werden, um die Klimaziele für den Gebäudesektor zu erreichen. Sie will zudem den Ausbau lokaler Wärmenetze stärker fördern und dass möglichst jedes geeignete Dach mit PV-Anlagen ausgerüstet wird. Die SPD setzt sich dafür ein, dass der CO₂-Preis für das Heizen zukünftig vom Vermieter getragen wird, um einen zusätzlichen Anreiz zur energetischen Modernisierung im Mietwohnungsbau zu schaffen. Die Fördermittel beabsichtigt die SPD in den kommenden Jahren noch einmal deutlich zu erhöhen.

+/- Die AfD verfolgt einen technikoffenen Ansatz sowohl bei der Energieerzeugung als auch bei der Heiztechnik. Sie will das Gebäudeenergiegesetz (GEG) wegen übertriebener und ihrem Nutzen nach fragwürdigen Vorgaben abschaffen.

++ Die FDP setzt sich für einen technologieoffenen Ansatz in der Energie- und Klimapolitik ein und will die CO₂-Emissionen sektorenübergreifend durch einen ausgeweiteten europäischen Emissionshandel deckeln. Sie beabsichtigt, den derzeitigen Rechtsrahmen technologieoffen weiterzuentwickeln, indem z.B.

das Gebäudeenergiegesetz (GEG) auf die CO₂-Bilanz ausgerichtet wird.

- DIE LINKE fordert ein Verbot des Einbaus von Heizungen für fossile Energieträger für den Neubau, eine Anhebung des Neubaustandards im GEG auf KfW 40 und ein Ende der Förderung von fossilen Heizanlagen im Bestand (also auch Gas-Brennwertheizungen). Sie plädieren zudem für eine weitere Aufstockung der (warmmietenneutralen) Sanierungsförderung sowie eine Qualifizierungsoffensive, um die Wärmepumpe, Großwärmespeicher sowie Nahwärmenetze voranzubringen. DIE LINKE strebt eine grundsätzliche Neujustierung aller BEG-Parameter in Richtung höchstmögliche Effizienz bei Gebäudehülle, beim Einsatz regenerativer Energien sowie bei weiteren Vorgaben zur Treibhausgasemission an.

+/- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen Heizungen und Wärmeversorgung auf erneuerbare Energie umstellen, dazu das GEG weiterentwickeln und z. B. hohe Bau- und Sanierungsstandards festlegen und fördern. Mit einem Investitionsprogramm wollen sie den Einsatz erneuerbarer Wärme beim Heizungsaustausch und der Wärmeversorgung ermöglichen und zugleich den Einbau von Ölheizungen verhindern. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zielen auf den Einbau von zwei Millionen Wärmepumpen bis 2025. Die Wärme soll aus verschiedenen Erneuerbaren-Quellen wie Abwärme, Geo- oder Solarthermie eingespeist und gespeichert und zudem Industrie und Wirtschaft in die Wärmesysteme eingebunden werden.

Bezahlbare und versorgungssichere Klimawende (Förderung, Zuschüsse, CO₂-Garantiefonds)

++ Die CDU/CSU setzen eingedenk des weltweiten Wettbewerbs auf international höhere Standards und angepasste Preise und wollen in internationalen Klimakooperationen mit gro-

ßen Volkswirtschaften ambitionierte Standards etablieren. Ergänzend dazu wollen CDU/CSU gemeinsam mit den europäischen Partnern einen WTO*-konformen CO₂-Grenzausgleich einführen und sehen in den Carbon Contracts for Difference (CCfD) ein wichtiges Instrument, um deutsche Unternehmen beim Klimaschutz zu unterstützen.

*World Trade Organisation (Welthandelsorganisation)

+/- Die SPD betrachtet die Frage über ihre Antwort zur vorausgehenden Frage (2.) als bereits beantwortet.

- Die AfD plant alle Abgaben, Vorgaben und Steuern, die auf CO₂-Emissionen beruhen, wieder abzuschaffen.

++ Die FDP fordert einen sektorübergreifenden Emissionshandel mit einheitlichem Marktpreis für Treibhausgasemissionen. Über den darauf beruhenden Vermeidungs- und Investitionsanreizen für Wirtschaft und private Haushalte sollen die gesamtwirtschaftlichen Kosten der Erreichung der Klimaschutzziele minimiert werden – Grundvoraussetzung für sozial traglichen Klimaschutz. Die FDP will die Stromsteuer aus den Einnahmen des Emissionshandels aufkommensneutral senken, die EEG-Umlage abschaffen und eine Klimadividende an die Bürger auszahlen.

+ DIE LINKE schlägt eine Fokussierung der Förderkulisse mithilfe eines „Sofortprogramms klimagerechte und sozialverträgliche Erneuerung von Siedlungsbauten der Nachkriegszeit“ (75 Prozent kaum energetisch sanierte von ca. 7,5 Millionen Wohnungen). Dafür wollen sie zusätzlich zur Aufstockung der laufenden KfW-Programme auf dauerhaft mindestens 5 Milliarden Euro jährlich zusätzliche 5 Milliarden Euro/Jahr bereitstellen. Sanierungsberater sollen innerhalb eines Sozialplanverfahrens gemäß § 180 BauGB an Klimastützpunkten beraten (für die Mieterinnen und Mieter schützend) und sozialverträgliche Quartiers-Sanierungskonzepte koordinieren. DIE LINKE plant außer-

dem Weiterbildungs- und Zertifizierungsprogramme (Handwerker und Baubetriebe) zwecks Umsetzung einer höheren Zahl von qualitativ guten und preiswerten energetischen Sanierungen ein.

+ BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen auf einen Mix aus CO₂-Preisen, Anreizen, Förderung und Ordnungsrecht (verbindliche Standards). Zur sozial gerechten CO₂-Bepreisung wollen sie z. B. die zusätzlichen Einnahmen aus dem CO₂-Preis direkt in Form eines Energiegelds pro Kopf zurückgeben. Zur Förderung wollen sie Klimaverträge (CCfDs) mit Unternehmen abschließen, um die Differenz zwischen dem aktuellen CO₂-Preis und den tatsächlichen CO₂-Vermeidungskosten zu erstatten. Klimaschutzinvestitionen sollen sich dadurch sofort rechnen und kurzfristige Wettbewerbsnachteile gegenüber Regionen ohne eine CO₂-Bepreisung verringert werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen auch direkte Investitionszuschüsse für den Ersatz fossiler Technologien und Verfahren gewähren sowie über degressive Abschreibungen Investitionen in klimaneutrale Verfahren fördern.

Heimisches Holz als CO₂-neutraler Energieträger bei moderner Holzfeuerungs-technologie

+ Die CDU/CSU befürworten die Wärmenutzung von Holz am Ende der Nutzungskaskade. Die Förderung umweltfreundlicher Heizungsanlagen halten CDU/CSU für bereits ausreichend verbessert und erhöht, z. B. bei Biomasseheizungsanlagen auf 35 Prozent bzw. beim Austausch einer Ölheizung mit 45 Prozent Förderung (mit individuellem Sanierungsfahrplan oder mit einem Innovationsbonus bei Einhaltung eines strengen Grenzwertes für Feinstaub noch etwas mehr).

+/- Die SPD weist darauf hin, dass sie die Förderung von konkreten Heizungsanlagen, auch Holzfeuerungsanlagen, in den entsprechenden Förderrichtlinien bereits geregelt habe und sie mit Blick auf die Beurteilung von Nachsteuerungsbedarf fortlaufend evaluieren lasse. Die Beurteilung erfolge zusammen mit dem Fraunhofer-Institut in Aachen.

+/- Die AfD hat an der Stelle noch keine abschließende Position und die Frage daher nicht beantwortet.

+/- Die FDP setzt auf die Marktanreize des von ihr geforderten sektorübergreifenden Emissionshandels und des daraus resultierenden Marktpreises für Treibhausgasemissionen. Die Wahl der Heiztechnologien soll dem Wettbewerb der Heizungsanbieter und der Nachfrage der Immobiliennutzer überlassen werden. Die Freien Demokraten sehen in modernen Holzheizungsanlagen das Potenzial für einen wirksamen Beitrag zur CO₂-Reduzierung und Schadstoffminderung im Gebäudesektor.

- DIE LINKE lehnen eine Förderung von Holz als erneuerbarer Energie in Biomasse-Anlagen ab. Eine Förderung von Brennholz für Kamine feuert ihnen zufolge z. B. den Markt in Osteuropa an. Die Herkunft von Brennholz sei oft nicht nachzuweisen. Der weltweite illegale Handel mit dem Rohstoff Holz, Raubbau und Waldvernichtung gefährde Ökosysteme und das Klima.

+ BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine Kaskadennutzung fördern, in der Holznutzung für langlebige Produkte wie für den Bau und für Möbel an erster Stelle steht. Holzverbrennung sollte mithilfe einer möglichst modernen Holzfeuerungs-technologie geschehen. Mit Holz betriebene Heizungen sollen mit wirksamer Emissionsminderungstechnik entsprechend dem Stand der Technik, wie z. B. einem Partikelabscheider, ausgestattet sein, um negative Effekte auf die Luftqualität zu vermeiden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betrachten eine Förderung im Einzelfall als sinnvoll.

Energiewende: Nutzung bestehender Infrastrukturen (z. B. Gas) zur Vermeidung einer Kostenexplosion

+/- Die CDU/CSU wollen, dass Wasserstoff aus erneuerbaren Energien gewonnen wird. Mit dem Aufbau eines starken europäischen Heimatmarktes für nachhaltige Wasserstofftechnologien beabsichtigen sie, Deutschland nicht nur als Industriestandort zu fördern. Sie planen, die Gasnetze in Deutschland schneller

auszubauen und für die Einspeisung von Wasserstoff zu ertüchtigen.

+/- Die SPD sieht den weiteren Bedarf zur Nutzung von Gas und Erdgas als Übergangstechnologie sowohl für Heizung als auch zur Stromerzeugung. Sie will die Gasübertragungsnetze für die Durchleitung von Wasserstoff ertüchtigen.

- Die AfD will die Energiewende beenden und die Fortsetzung der Dekarbonisierung verhindern. Sie fordert eine technikoffene Energieerzeugung, die günstig, sauber und grundlastfähig ist. Dazu gehört aus Sicht der AfD ein Energiemix aus Kohle, Gas und Kernkraft.

+/- Die FDP tritt grundsätzlich für Technologieoffenheit ein. Perspektivisch kann die bestehende Gasinfrastruktur aus ihrer Sicht auch mit einem steigenden Anteil klimafreundlicher Gase betrieben beziehungsweise ganz umgestellt werden. Die FDP setzt sich für eine technologieoffene Regulierung der entsprechenden Netze und gegen die Diskriminierung einzelner Technologien ein.

- DIE LINKE sehen die Beimischung von Wasserstoff in das bestehende Erdgasnetz kritisch. Die Planung der Erdgasinfrastruktur müsse zunächst die Klimaziele berücksichtigen. Grüner Wasserstoff habe eine wichtige Rolle im künftigen Energiesystem, aber auch bei der Gebäudewärme sollten Stromanwendungen Vorrang erhalten, da sie effizienter wären. Eine Beimischung von Wasserstoff ins Erdgasnetz könnte der LINKE zufolge Energiewendeziele gefährden.

+/- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen den Einstieg in den Ausstieg aus den fossilen Energieträgern, u. a. aus dem klimaschädlichen Brennstoff Gas, einleiten und die Infrastrukturplanung für Strom, Wärme und Wasserstoff auf einen neuen Stand – mit Klimaneutralität im Mittelpunkt – bringen. Neue Gaskraftwerke oder Infrastrukturen, die für den Kohleausstieg benötigt würden, dürfe es nur geben, wenn sie aktuell zwingend notwendig wären und bereits für erneuerbare Energien (i. d. R. wasserstoff-ready) geplant und gebaut würden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die rechtlichen Grundlagen dafür schaffen, neue Betriebsgenehmigungen für Kraftwerke nur noch mit zeit-

licher Befristung zu erteilen und den Wechsel von Erdgas zu erneuerbaren Energieträgern verpflichtend vorzuschreiben.

Energetische Mindeststandards für Gebäude (Sanierung)

+/- Die CDU/CSU beantworten nicht die Frage nach der Einführung von energetischen Mindeststandards. Sie setzen zur Effizienzgewinnung vor allem auf technologische Weiterentwicklung und Innovationen statt auf energetische Mindeststandards – bei Produkten ebenso wie bei Verfahren, u. a. bei Quartiersansätzen, Wärmeeffizienz, Ausbau und Modernisierung der Wärme- und Stromnetze, Digitalisierung und Betriebsoptimierungen, Ausbau von Speicherkapazitäten und energetischen Baustandards. Um die energetische Sanierung von Wohn- und Gewerbeimmobilien noch besser zu fördern, planen CDU/CSU die KfW-Programme attraktiver zu gestalten. Die Steuerförderung der Gebäudesanierung wollen sie auf vermietete Immobilien und auf Gewerbeimmobilien ausdehnen und gewerbliche Investitionen, die einen Beitrag zur Energieeffizienz und CO₂-Reduzierung leisten, durch eine schnellere Abschreibung begünstigen.

+/- Die SPD geht wie die CDU/CSU nicht auf die erfragte Einführung von energetischen Mindeststandards ein, verweist aber auf die bereits vorgeschriebenen Effizienzsteigerungen zur Klimaneutralität von Gebäuden (z. B. in der ENEC) und dass dies auch mit ihr auch in Zukunft so bleibe.

-/- Die AfD hat an der Stelle noch keine abschließende Position und die Frage daher nicht beantwortet.

+/- Die FDP will Klimaschutz ohne Eingriffe in das Eigentum und kleinteilige ordnungsrechtliche Vorgaben erreichen, indem sie durch die Ausweitung des EU-Emissionshandels Anreize für Investitionen und Innovationen setzen

würde. Die FDP lehnt energetische Mindeststandards ab, da bereits die aktuell gültigen Anforderungen mehr und mehr zum Kostentreiber würden. Sanierungspflichten zur Erreichung gewisser Energieeffizienzklassen mache Wohnen immer teurer. Gerade im Gebäudebestand sehen die Freien Demokraten enorme Potenziale zur CO₂-Vermeidung, wenn durch intelligente Verbrauchsmessungen unbekannte Verbraucher identifiziert und zusätzliche Energieeinsparoptionen aufgezeigt würden. Klimaschutz und der wirtschaftliche Betrieb von Immobilien könnten geschickt kombiniert werden, ohne kostenintensive energetische Sanierungen der Gebäudesubstanz durchführen zu müssen.

+/- DIE LINKE wollen die Sanierungsquote mindestens verdreifachen, die Sanierungen sozialverträglich (warmmietenneutral) und mietrechtlich absichern. Sie gehen nicht auf energetische Mindeststandards ein, wollen die Fördermittel erhöhen und teilweise von der erheblichen Neubau-Effizienzförderung in eine sozialverträgliche energetische Sanierung des Gebäudebestandes umleiten. Neben der Steigerung der Gebäudeeffizienz wollen DIE LINKE den Restenergiebedarf schrittweise – aber mit deutlich höherem Tempo – durch regenerative Energie decken (Wärmepumpe, s. o.). Aufgestockte Förderprogramme zur energetischen Sanierung sollen mit Programmen zur Förderung von regenerativer Wärme (insbesondere für Wärmepumpeneinbau) Hand in Hand gehen.

+/- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN planen, das Gebäudeenergiegesetz mit ihrem Klimaschutz-Sofortprogramm weiterzuentwickeln, indem sie die energetischen Standards bei Neubauten auf KfW 40 und bei Sanierungen auf KfW 55 verbessern (Ausnahme denkmalgeschützte Gebäude). Sie wollen dafür sorgen, dass keine Ölheizungen mehr neu eingebaut werden. Sie beabsichtigen, ein Förderprogramm für zwei Millionen hocheffiziente Wärmepumpen (bis 2025) aufzulegen und die Fördermittel für die Wärmewende im Zuge dessen von

aktuell rund 3 auf 7 Milliarden Euro zu erhöhen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen schließlich dafür sorgen, die Kosten für den CO₂-Preis beim Heizen von den Hauseigentümern – als den Entscheidern über Sanierungsmaßnahmen und Heizungsart – tragen zu lassen.

Kontrolle Wartungsverpflichtung bei Anlagenbetreibern (Ordnungsrecht)

+/- Die CDU/CSU haben die Frage zu diesem Thema nicht beantwortet.

+/- Die SPD sieht wie die CDU/CSU keinen Handlungsbedarf. Die Verantwortung bzw. die Festlegung von Wartung und Kontrolle liegt nach ihrem Dafürhalten weitestgehend bei den Anlagenherstellern.

+/- Die AfD hat an der Stelle noch keine abschließende Position und die Frage daher nicht beantwortet.

- Die FDP plädiert dafür, dass die Kontrolle und Überwachung von Anlagen nicht vom Gesetzgeber verpflichtend vorgeschrieben werden müssen und sind davon überzeugt, dass Immobilienbesitzer und -verwalter die Vorteile von entsprechenden Überprüfungen selbst erkennen und dementsprechend nutzen werden.

+ DIE LINKE schlägt eine verpflichtende kostenlose Sanierungsberatung und einen bundesweiten Klimacheck von Gebäuden (Gebäude-TÜV) vor. In regelmäßigen Abständen sollen der energetische Zustand und der Stand der Sanierung von Gebäuden überprüft werden. Innerhalb dieses Rahmens ist auch eine regelmäßige Wartung der Gebäudetechnik sinnvoll.

+/- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben die Frage zu diesem Thema nicht beantwortet.

Investitionen zur Steigerung der Innenraumlufthygiene

Die CDU/CSU sehen derzeit keine weiteren Förderungen nach der Bundestagswahl vor bzw. betrachten die in ihrer aktuellen Regierungs(mit)verantwortung verabschiedete Förderkulisse als ausreichend: erstens die Ausweitung des Förderprogramms für stationäre RLT-Anlagen um den Neueinbau für RLT-Anlagen in Einrichtungen für Kinder unter 12 Jahren seit Juni 2021 mit maximal 500.000 Euro je Standort und zweitens die finanzielle Unterstützung der Länder bei Beschaffung von mobilen Luftfiltern für Schulen und Kitas (Gesamtbudget 200 Millionen Euro).

Die SPD sieht hier wie CDU/CSU keinen weiteren Handlungsbedarf, da die Bundesregierung bereits ein BMWi-Förderprogramm u.a. für den Neu- und Ersteinbau von raumlufttechnischen Anlagen aufgelegt habe.

Die AfD hat an der Stelle noch keine abschließende Position und die Frage daher nicht beantwortet.

Die FDP erachtet die bestehenden Förderprogramme für den Neu- und Ersteinbau raumlufttechnischer Anlagen (RLT) und Filtertechnologien wie die CDU/CSU als ausreichend und verweist auf die zu beantragende Förderung über die Bundesförderung effiziente Gebäude oder die Kommunalrichtlinie im Rahmen eines energetischen Gesamtkonzepts.

Die LINKE schlägt wie CDU/CSU und FDP keine weitergehenden, neuen Förderungen vor. Sie will Bundesmittel wie z.B. die bestehende Bundesförderung „Corona-gerechte Um- und Aufrüstung von raumlufttechnischen Anlagen in öffentlichen Gebäuden und Versammlungsstätten“ in Höhe von 500 Millionen Euro zur Umrüstung von Hochschulen, Schulen, Kitas, kulturellen Einrichtungen und anderen öffentlichen Gebäude nutzen, um die Raumluftqualität deutlich zu verbessern.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern als einzige der zum Thema befragten Parteien einen weiteren Förderbaustein, konkret ein För-

derprogramm für mobile Luftfilteranlagen in Schulen und Kitas. Neben Maßnahmen für die Um- und Aufrüstung mit raumlufttechnischen Anlagen wollen sie auch Förderungen von Maßnahmen in Neubauten. Eine Begrenzung der Förderung auf Räumlichkeiten für Kinder unter 12 Jahren ist für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht sinnvoll, denn um allen sicheren Unterricht zu ermöglichen, sollte ihres Erachtens bei der Förderung kein Unterschied gemacht werden.

Altersgerechtes Wohnen/ambulante Pflege: Übernahme Sonderabschreibung Badumbau und DIN „Barrierefreies Bauen“ in Bauordnungen

Die CDU/CSU haben die Frage zu diesem Thema nicht beantwortet.

Die SPD hat die Frage zu diesem Thema ebenfalls nicht beantwortet.

Die AfD hat an der Stelle noch keine abschließende Position und die Frage daher nicht beantwortet.

Die FDP fordert mehr barrierefreien Wohnraum und schlägt dazu ein Bündnis von Vertretern aus Bund, Ländern, Kommunen, Wissenschaft, Praxis und Politik zur Bewusstmachung und Lösungserarbeitung für das „Wohnen im Alter“ vor. Dagegen halten die Freien Demokraten die Aufnahme zusätzlicher Vorschriften in die Musterbauordnung zum gegenwärtigen Zeitpunkt für nicht erforderlich.

Die LINKE wollen die Herstellung von Barrierefreiheit als Gemeinwohlziel und als Teil einer angemessenen Wohnraumversorgung verbindlich gesetzlich festschreiben. Die Übernahme der DIN „Barrierefreies Bauen“ in die Musterbauordnung und die Bauordnung der Länder stellt für sie einen wichtigen weiteren Beitrag dar. Die Sonderabschreibung findet keine Erwähnung.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben die Frage zu diesem Thema nicht beantwortet.

Förderung baulicher Vorsorge in altersgerechte Bäder

Die CDU/CSU werden erforderliche Investitionen in den altersgerechten und barrierefreien Umbau – insbesondere über KfW-Programme – unterstützen, allerdings ohne die budgetäre Erhöhung von Förder- und Zuschussvolumina zu konkretisieren.

Die SPD betont ihre erfolgreiche Initiative, dass das KfW-Programm zur altersgerechten Sanierung von Wohnraum seit 2013 wieder mit Bundesmitteln unterstützt wird. Sie will auch in den kommenden Jahren dafür sorgen, dass ausreichend Mittel zur Verfügung stehen ohne sich über ein konkretes Budgetvolumen bzw. über eine budgetäre Erhöhung in Zahlen zu äußern.

Die AfD hat an der Stelle noch keine abschließende Position und die Frage daher nicht beantwortet.

Die FDP will die Vielzahl an bestehenden Förderungen zur Unterstützung entsprechender baulicher Maßnahmen zusammenführen und darüber hinaus die lineare Abschreibung von zwei auf drei Prozent erhöhen.

Die LINKE sieht vor, die KfW-Programme „Altersgerecht Umbauen“ und „Barrierefreiheit“ auszubauen und auf einem höheren Niveau zu verstetigen, einschließlich der Zuschussförderung für ältere Eigenheimbesitzer ohne Rücklagen bzw. realistische Chancen auf Kredite.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen das KfW-Programm für altersgerechten Umbau bedarfsgerecht aufstocken, die Fördermittel erhöhen, um die bisherigen unterjährigen Förderstopps zu vermeiden. Sie treten dafür ein, dass die Maßnahmen eines altersgerechten Umbaus oder Sanierung im Rahmen der Modernisierungsumlage umlagefähig bleiben.

Unser Fazit

Im vergangenen Juli baten wir die Parteizentralen der sechs im Bundestag vertretenen Parteien um ihre Antworten auf unsere Fragen zu den für unser Handwerk wichtigen Handlungsfeldern Wirtschaft, Klimaschutz und Gesundheit. Die Fragen orientieren sich an den zehn Prüfsteinen des Zentralverbands für eine erfolgreiche Politik aus Sicht des SHK-Handwerks.

Die Überprüfung der Antworten ergab folgendes Bild für die drei abgefragten Themenbereiche und den jeweiligen politischen Handlungsbedarf (die Reihenfolge entspricht der Übereinstimmung mit den Positionen für eine erfolgreiche Politik aus Sicht des Sanitär-, Heizungs- und Klimahandwerks):

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen den Erwartungen für unser Handwerk bei der Wirtschaftspolitik am nächsten, denn sie wollen die dringend gebotene Sanierung öffentlicher Einrichtungen mit einem milliardenschweren Fonds ermöglichen, die Beratung für Kommunen stärken, die Förderung vereinfachen und den Zugang zu Fördermitteln erleichtern. Die FDP und DIE LINKE konkretisieren ebenfalls spürbare finanzielle Erleichterungen, höhere Investitionsvolumina und eine Entschuldung für Kommunen, während die Freien Demokraten mehr Investitionen aus privater Hand ermöglichen und DIE LINKE auch das arbeitsintensive Handwerk (mehrwert)steuerlich entlasten wollen. Die SPD betont wie die CDU/CSU die bereits erreichten Erfolge zur Entlastung der Kommunen, wobei sich allein die Sozialdemokraten für eine Mittelumwidmung i.H. von 4 Milliarden Euro zwecks Altschuldentilgung und Neuinvestitionen bei den Kommunen einsetzen. Die AfD zielt auf die Anpassung rechtlicher und regulatorischer Rahmenbedingungen, auf die die Kommunen sich verlassen können und will u.a. das GEG ganz abschaffen.

Die mit Abstand deutlichste Übereinstimmung zu unseren klimaschutzpolitischen Fragen und Positionen beweist die FDP, sei es ihr Ja zur Technologieoffenheit bei der Energieerzeugung und der Heiztechnik oder der Ausrichtung des GEG auf die CO₂-Bilanz. Auch

ihr Votum zugunsten moderner Holzheizungsanlagen mit ihrem Potenzial für einen wirksamen Beitrag zur CO₂-Reduzierung und Schadstoffminderung im Gebäudesektor oder die Nutzung intelligenter Verbrauchsmessungen ist handwerksfreundlich. CDU/CSU und SPD stimmen mit den Freien Demokraten überein, was z.B. die weitere Nutzung der Gasinfrastruktur für z.B. Grünes Gas oder Wasserstoff betrifft. CDU/CSU sehen wie BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den Carbon Contracts for Difference (CCfD) ein wichtiges Instrument, um deutsche Unternehmen beim Klimaschutz zu unterstützen. Hier bestehen Schnittstellen zu dem vom ZVSHK konzipierten CO₂-Garantiefonds. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN streben den Ausstieg aus den fossilen Energien an und sehen stärkere ordnungsrechtliche Vorgaben und Beschränkungen für den Betrieb von Kraftwerken vor. Sie wollen dafür sorgen, dass die Hauseigentümer die Kosten für den CO₂-Preis beim Heizen tragen müssen. Bei den energetischen Mindeststandards für Gebäude streben sie Verbesserungen an und wollen den Einbau hocheffizienter Wärmepumpen mit einem Programm bis 2025 gezielt fördern. DIE LINKE lehnt die weitere Nutzung von Infrastrukturen (z.B. für Wasserstoff-Beimischung) als die Klimaschutzziele gefährdend ab. Die AfD sieht zu Energiewende und Klimaschutz keinen Handlungsbedarf bzw. plant die Abschaffung aller Abgaben, Vorgaben und Steuern, die auf CO₂-Emissionen beruhen und strebt eine technikoffene Energieerzeugung mit einem Mix aus Kohle, Gas und Kernkraft an.

Im Handlungsfeld Gesundheit kommt DIE LINKE unseren Forderungen am nächsten, denn sie wollen die Herstellung von Barrierefreiheit verbindlich gesetzlich festschreiben

und die Übernahme der DIN „Barrierefreies Bauen“ sowohl in die Musterbauordnung als auch in die Bauordnung der Länder unterstützen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN überzeugen durch den konkreten Förderwillen für die Auf- und Umrüstung von raumlufttechnischen Anlagen in Schulen und Kitas und zusätzlich für entsprechende Maßnahmen in Neubauten. Ebenso die FDP, die mehr barrierefreien Wohnraum fordert und dazu ein Bündnis von Vertretern aus Bund, Ländern, Kommunen, Wissenschaft, Praxis und Politik zur Bewusstmachung und Lösungserarbeitung für das „Wohnen im Alter“ vorschlägt. Die Freien Demokraten betrachten allerdings die von uns geforderte Aufnahme zusätzlicher Vorschriften wie der o.a. DIN in die Musterbauordnung aktuell für nicht erforderlich. Die CDU/CSU und SPD gehen nicht auf diese Frage ein und sehen die bereits vorhandene Förderkulisse für Innenraumlufthygiene als ausreichend an. Bei der Förderung der baulichen Vorsorge in altersgerechte Bäder liegen fünf Parteien außer der AfD nah beieinander, da sie allesamt die bestehenden Fördermittel und -programme zum altersgerechten und barrierefreien Umbau entweder verstetigen und/oder weiter ausbauen (z.B. KfW-Programme) beziehungsweise wie z.B. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Umlagefähigkeit solcher Modernisierungsmaßnahmen erhalten wollen. Die AfD hat unsere gesundheitspolitischen Fragen nicht beantwortet.

SCHLUSS-BETRACHTUNG

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beweisen im Bereich Wirtschaft gegenüber FDP, SPD und

DIE LINKE den am stärksten durch Zahlen und Maßnahmen konkretisierten Willen, die kommunale Handlungsfähigkeit und Investitionsbereitschaft zur Auflösung des immensen Sanierungsstaus bei öffentlichen Einrichtungen zu erhalten und zu stärken.

Die FDP ist aufgrund der vorliegenden Auswertung die Partei, die den Prüfsteinen des SHK-Handwerks mit ihren Schwerpunkten und Vorhaben zum Handlungsfeld Klimaschutz – noch knapp vor der CDU/CSU – am nächsten kommt (systemisch, technologisch und finanzierungsbezogen).

Bei den Herausforderungen im Handlungsfeld Gesundheit sind bei fünf Parteien außer

der AfD SHK-affine und konstruktive Vorhaben in Abstufungen abzulesen. DIE LINKE behauptet sich dabei durch ihre detaillierteren wie konkreteren Finanzierungs- und Maßnahmenvorschläge knapp vor FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

In der Gesamtheit der zehn Wahlprüfsteine zu den drei Handlungsfeldern Wirtschaft, Klimaschutz und Gesundheit beweist die FDP die höchste Übereinstimmung mit den Positionen des SHK-Handwerks gefolgt von der CDU/CSU, knapp vor BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die SPD und DIE LINKE liegen – ungeachtet einiger voneinander abweichender Positionen zu Klimaschutz und Gesundheit – unterm Strich gleichauf dahinter. Aufgrund

der inhaltlich größtenteils ablehnenden oder gar nicht gegebenen Antworten auf unsere Fragen findet sich die AfD mit deutlichem Abstand am Ende des Sechs-Parteien-Feldes wieder.



Impressum:

Herausgeber:
Zentralverband Sanitär Heizung Klima · Rathausallee 6 · 53757 St. Augustin
Tel.: (0 22 41) 92 99-0 · Fax: (0 22 41) 92 99-300
statement@zvshk.de · www.zvshk.de

Fotos:
Titel: Image licensed by Ingram Image
Einleitung: © travelwitness/fotolia.com

Frage 01.: Image licensed by Ingram Image
Frage 06.a: © anweber/fotolia.com

Verantwortlich:
Helmut Bramann,
Hauptgeschäftsführer

ZVSHK Hauptgeschäftsführer Helmut Bramann hat im Vorfeld der Bundestagswahl mit vier ausgewählten Bundestagsabgeordneten der CDU/CSU, der SPD, der Grünen und der FDP einen Video-Talk zu den grundlegenden Themen Klimaschutz in Gebäuden und Pflegegerechtigkeit geführt. Die einzelnen Gespräche orientierten sich an den zehn Wahlprüfsteinen des Zentralverbandes. Die Talkreihe „ZVSHK im Gespräch mit ...“ ist die optimale Ergänzung zu der vorgelegten Sonderausgabe von statement.

